

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

15.5.1930 (No. 113)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe sind Gelder frei. Bei Abbestellung tarifierter Abat, der als Kassencobalt gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Abgabe von Anzeigen im eigenen Betrieb oder in denen unserer Mitarbeiter, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beiträge zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Einheitliche Zeichen in den europäischen Kursbüchern und Auswahlfahrplänen

von Dr. Geiger, Karlsruhe
Wer als reisefreudiger Deutscher im Ausland Fahrpläne und Kursbücher der fremden Eisenbahnverwaltungen regelmäßig zu studieren hatte, dem mußten die vielen rätselhaften Zeichen und Vermerke nicht wenig Kopfzerbrechen verursachen, was sie wohl alles bei den zu benutzenden Zügen bedeuten mochten. Das Studium war noch insofern erschwert, als die ausländischen Kursbuchzeichen in ihrer Bedeutung oft von den gleichen Zeichen der gewohnten deutschen Auswahlfahrpläne und Kursbücher abwichen. Dieser Mißstand wirkte sich doppelt unangenehm für die vielen deutschen Reisenden aus, die der Landesprache nicht oder nur unvollkommen mächtig waren, um die Zeichen zweifelsfrei deuten zu können. Unzählige unklare Irrtümer, verfehlte Reisepläne, falsche Anschlüsse, verpaßte Fahrgelegenheiten im Ausland waren die Folge. Umgekehrt wird es vielen Ausländern bei uns ebenso gegangen sein, die sich aus den unzähligen Zeichen und Vermerken unserer Fahrpläne nicht zurecht zu finden vermochten. Diese mißliche Zeichenzerplitterung zu beseitigen, war daher eine der wichtigsten Forderungen des internationalen Fremdenverkehrs.

Die Anregung zu einer internationalen Vereinheitlichung der dem öffentlichen Gebrauch dienenden Fahrpläne durch Anwendung gleichmäßiger, möglichst sinnvoller Zeichen ging von der im Juni 1927 in Wien stattgefundenen Fremdenverkehrsabteilung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages aus. Die österreichischen Bundesbahnen brachten darauf im Oktober 1928 bei der „Europäischen Fahrplankonferenz“ in Wien einen auf die internationale Vereinheitlichung der Fahrpläne abzielenden Antrag ein. Ein besonderer Ausschuss, bestehend aus den Vertretern von 17 europäischen Staaten, beriet im Juni 1929 in Bezug den Gegenstand. Die hierbei gefassten Beschlüsse wurden dann durch die Europäische Fahrplankonferenz von sämtlichen europäischen Eisenbahnverwaltungen im Oktober 1929 in Warschau angenommen; die vereinbarten Zeichen werden nunmehr mit den neuen amtlichen Kursbüchern und Auswahlfahrplänen zum 15. Mai erstmals verwendet.

Für die internationale Darstellung wurden vier allgemeinen aus solche Zeichen gewählt, die unabhängig von einer Landessprache als Bilder allgemein verstanden werden können. Da die deutsche Darstellungsart der Fahrpläne der angestrebten Vereinheitlichung am nächsten kam, wurden die meisten der in den deutschen Auswahlfahrplänen und Kursbüchern schon bisher angewendeten Zeichen international übernommen, z. B.: ein mit einer Gabel getreuztes Messer für „Speisewagen“; ein Kolal in der Zugspalte für „Verabreichung von Speisen und Getränken im Zuge“; ein Bett für „Schlafwagen“; ein Schiff für „Schiffsantrieb“; ein Auto für „Kraftwagenantrieb“; ein Flugzeug für „Luftverkehr“; ein Telephonhörer für „Zugfunk“, der hoffentlich auch für den „Rheingold“ und den künftigen Riviera-Neapel-Express eingerichtet wird; ein liegendes Kreuz (X) für „Zug hält nur nach Bedarf“; eine Wellenlinie vor den Verkehrszeiten für die Bezeichnung der nicht täglich verkehrenden Züge. Als neue Zeichen sind u. a. zu nennen: ein zunehmender Halbmond für „Zug hält nur zum Aufsteigen“; ein abnehmender Halbmond für „Zug hält nur zum Aussteigen“; ein kleines Häuschen für „Grenzbahnhof mit Zoll- und Passabfertigung“.

Ferner werden auf Grund der internationalen Vereinbarungen in den Übersichtskarten die dem Schnell- und Sitzzugsverkehr dienenden Strecken durch feste Linien dargestellt. Einheitlich ist auch die Bezeichnung der Verkehrsleiter der nur zeitweise verkehrenden Züge geregelt, indem die Tage durch arabische, die Monate durch römische Ziffern ausgedrückt werden, z. B. I. VII. — 15. IX.

Die internationale Vereinheitlichung der amtlichen Auswahlfahrpläne und Kursbücher wird es durch die weitgehende Anwendung der Wäidersprache künftig ermöglichen, daß Reisende den Fahrplan eines Landes lesen können, selbst wenn sie der betreffenden Landessprache nicht kundig sind. Bei dieser Gelegenheit mag auch interessieren, welche Veränderungen die Sommerausgabe 1930 des soeben erschienenen amtlichen (grünen) Kursbuches für Südwestdeutschland und die Schweiz außerdem erfährt. In der äußeren Aufmachung bleibt sie zwar gegenüber der Winterausgabe 1929/30 unverändert. Mit Rücksicht aber darauf, daß dem Basel—Gamburg—Berliner D-Zugpaar 85/86 künftig Kurswagen erster und zweiter Klasse und Schlafwagen Karlsruhe—Frankfurt und Bogen dritter Klasse Karlsruhe—Karlsruhe über Rhon—Welfort—Straßburg neu beigegeben werden, die ein neuer D-Zug Straßburg—Karlsruhe heranbringt, und angesichts der weiteren Anschlussverbesserungen im Schnellzugsverkehr mit Südfrankreich sind die Fernverbindungen durch die Aufnahme der direkten Zugverbindungen nach Südfrankreich und der Riviera über Reil—Straßburg—Mühlhausen—Rhon—Karlsruhe erweitert worden. Die bayerischen Strecken sind übersichtlich angeordnet und durch den Fahrplan der neuen bayerischen Zugspitzbahn ergänzt. Ferner wurden in die allgemeinen Bestimmungen für Reisende die Bettkartenpreise der Mitropa-Schlafwagen aufgenommen.

Wizelanzler Dr. Dietrich erkrankt. Wizelanzler Dr. Dietrich ist, wie aus Berlin gemeldet wird, an einer Herzaffektion leicht erkrankt und konnte deshalb an der Kabinettsitzung am Mittwoch nicht teilnehmen. Aus diesem Grunde ist die Behandlung des Ostprogramms von der Tagesordnung der Kabinettsitzung abgesetzt worden.

Letzte Nachrichten

Der deutsche Außenhandel im April Rückgang des Ausfuhrüberschusses

WTB. Berlin, 15. Mai (Tel.) Auch im April schließt der deutsche Außenhandel mit einem Ausfuhrüberschuss ab, der in diesem Monat 88,5 Mill. Reichsmark beträgt. Die Einfuhr ist mit 88,2 Mill. Reichsmark ausgewiesen, also fast genau mit dem gleichen Betrag wie im Vormonat (88,6 Mill. Reichsmark). Die Ausfuhr hat die Höhe des Vormonats nicht erreicht; ihr Ausweis mit 97,7 Mill. Reichsmark bleibt um 127,3 Mill. Reichsmark hinter der Ausfuhr im März zurück. Der Anteil der Reparationszahlleistungen an der Ausfuhr im April beträgt 50,8 Mill. Reichsmark (Vormonat 61,2 Mill. Reichsmark).

Bedeutende Veränderungen in der Zusammensetzung der Einfuhr sind gegenüber dem Vormonat nicht zu verzeichnen. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken weist eine Zunahme von 28 Mill. Reichsmark auf, die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren ist um 13,6 Mill. Reichsmark, die Fertigwareneinfuhr um 9 Mill. Reichsmark zurückgegangen.

Auf der Einfuhrseite steht einer Zunahme der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken von 28 Mill. Reichsmark ein Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren um 13,6 und von Fertigwaren von 9 Mill. Reichsmark gegenüber. Auf der Ausfuhrseite entfällt der Ausfuhrückgang mit 77 Mill. Reichsmark auf Fertigwaren, wozu die meisten Handelsgruppen beteiligt sind, mit 20,8 Mill. Reichsmark auf Rohstoffe und halbfertige Waren und mit 9,6 Mill. Reichsmark auf Lebensmittel und Getränke.

Für Einhaltung des Räumungstermins

WTB. Paris, 15. Mai (Tel.) Die radikale Zeitung „La République“ wendet sich gegen die Räumungsverträge für eine eventuelle Verschiebung der Rheinlandräumung. Das Blatt fordert die strikte Einhaltung des im Haag vereinbarten Termins, des 30. Juni. Kein Argument könne für eine spätere Räumung geltend gemacht werden, weder die Notwendigkeit, einen Beobachter und Kontrollposten zuzubehalten, noch die Notwendigkeit, eine Sicherheitsgarantie zu erhalten. Jetzt sei es zu spät, derartige Gründe anzuführen. In Wahrheit wollen die französischen Nationalisten, die gezwungen seien, aus innerpolitischen Gründen die Rheinlandräumung zu billigen, heute versuchen, sie zu verzögern, zu verschleppen oder gar zu sabotieren.

Die Ursachen der Wirtschaftsdpression

WTB. London, 15. Mai (Tel.) Schatzkanzler Snowden hielt gestern als Gast der Vereinigung britischer Bankiers eine Rede über die große Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern der Welt. Diese Erscheinung habe im wesentlichen eine internationale Ursache, nämlich den erschreckenden Preissturz und das Verhältnis zwischen Engros- und Detailpreisen. Hierfür seien keine sofortigen Heilmittel vorhanden, doch glaube er, daß, wenn der größte Tiefstand der Preise erreicht sei, eine sehr schnelle Erholung des Handels eintreten werde. Pessimismus sei nicht am Platze.

Auch der Präsident des Handelsamtes, Graham, sprach gestern Abend im Unterhaus über die Lage des Handels, und sagte: Das Steigen der Zahl der Arbeitslosen in England auf über 1 700 000 ist zurückzuführen auf die Unsicherheit infolge des geplanten amerikanischen Zolltarifs, die politischen Unruhen in Indien, das Wiederaufleben des Bürgerkrieges in China und die Ausdehnung der japanischen Industrie, was besonders den englischen Baumwollhandel schwer trifft. Ein weiterer schädlicher Faktor war der Wallstreetcrash, doch wird dieser wohl auf die Dauer infolge der Entmutigung der Spekulation und des Gründenerwiesens in Zukunft eine günstige Wirkung haben. Ein weiterer günstiger Faktor sind die neuen kanadischen Tarifpläne, die Stabilität, die der Annahme des Youngplans folgen wird, und die Wahrscheinlichkeit, daß die Preise jetzt ihren tiefsten Stand erreicht haben.

Die Lage in Indien

WTB. London, 15. Mai (Tel.) Über die Lage in Indien liegen hier folgende Meldungen vor: In Karachi wurden gestern vier hervorragende Indier, darunter ein Professor, zu 9 bis 18 Monaten schwerem Kerker verurteilt. Die bei dem Angriff auf das Salzlager von Shitoba verhafteten 90 Freiwilligen sind wieder freigelassen worden. Der Angriff auf das Salzwerk von Bharajana soll heute früh um 6 Uhr begonnen. Die Stadtverwaltung von Kalkutta nahm gestern eine Entschließung an, in der sie Mahatma Gandhi als dem Apostel der Gewaltlosigkeit huldigt und in zu seiner Einwirkung und zu den Fortschritten seines Feldzuges beglückwünscht. Die Entschließung wurde von den mohammedanischen Mitgliedsmitgliedern bekämpft, die Europäer waren abwesend.

Zeitof Ransen wird am 17. Mai, dem norwegischen Nationalfeiertag, beigelegt. Das norwegische Storting beschloß, die Bestattung auf Staatskosten. Der Völkerverbund hat durch das Andenken Ransens durch eine kurze Unterbrechung.

Troelstra †. Dr. Pieter Jelles Troelstra, der Gründer und Führer der Sozialdemokratischen Partei Hollands, ist nach jahrelangem Leiden im Alter von 70 Jahren gestorben. Er hatte sich seit 1925 wegen Krankheit aus dem politischen Leben zurückgezogen.

* Eine lehrreiche Statistik

Was gestern Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald im Haushaltsausschuß des Reichstags über die gesamten öffentlich-rechtlichen Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden usw. mitgeteilt hat, ist nur zu sehr geeignet, die Sorgen aller derer als berechtigt zu erweisen, die schon seit Jahren unsere gesamte Ausgabenpolitik für falsch halten. Das Bild, das Stegerwald gestern gezeichnet hat, ist — gestehen wir es uns nur offen ein — sehr beforgnisserregend.

Für allgemeine Fürsorge, Beamtenpensionen und Gehälter, kurzum für soziale Zwecke, geben wir im Jahr 16,7 Milliarden Reichsmark aus. Das sind 83 Proz. aller öffentlichen Ausgaben überhaupt! Aus öffentlich-rechtlichen Mitteln erhalten gegenwärtig 14,9 Millionen Personen Renten oder Unterstützungen. Abzüglich der Doppelzahlungen verbleiben immer noch gut 12 Millionen Personen. Das heißt: nahezu 20 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung empfangen Rentenunterstützungen bzw. Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln. Das heißt weiter, daß die Zahl derer, die aus ihrer Hände Arbeit die Summen aufbringen müssen, nur recht klein ist; denn in den 80 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung, die keine Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln erhalten, sind ja die Kinder und alle nichtberufstätigen Frauen mit inbegriffen. Es bleiben schätzungsweise etwa 20 Proz. der Gesamtbevölkerung übrig, die arbeiten müssen, um die übrigen zu erhalten. Von fünf Menschen arbeitet einer, um die übrigen vier über Wasser zu halten. Diese übrigen vier setzen sich zusammen einerseits aus den Kindern und nichtberufstätigen Frauen dieser arbeitenden Gruppe selbst und andererseits eben aus den Unterstützungsempfängern einschließlich deren Frauen und Kindern.

Der Reichsarbeitsminister hat erklärt, daß von den 23 Milliarden öffentlich-rechtlicher Ausgaben sehr Erhebliches eingespart werden könne, wenn eine Stelle über diese Mittel nach einheitlichen Gesichtspunkten Anordnungen treffen könne. Über diese Ausgaben werde aber gegenwärtig vom Reich, von 17 Ländern, von mehr als 16 000 Gemeinden, von 7500 Krankenkassen, 106 Berufsgenossenschaften und 35 Landesversicherungsanstalten usw. verfügt. Um diese Ausgaben einzuschränken, werde demnächst ein Ausgabenkürzungsgesetz geschaffen werden.

Die Auffassung Stegerwalds ist durchaus richtig. Es ist klar, daß die Uneinheitlichkeit die beste Möglichkeit bietet, um Mißbräuche zu züchten. Die soziale Opferfreudigkeit, das Gefühl der Solidarität, d. h. das Gefühl der Bereitschaft des einen, für den anderen einzutreten: das alles sind Dinge, die sich in einem christlichen Staat ganz von selbst verlieren. Und an ihnen darf niemals gerüttelt werden! Aber es gibt noch zwei andere große Forderungen zu berücksichtigen. Die eine Forderung ist die eben von Stegerwald erwähnte, daß man alle Möglichkeiten ausschleift, welche eine mißbräuchliche und ungerechtfertigte Inanspruchnahme des Unterstützungssapparates gestatten. Und die andere Forderung ist die, daß sich die Höhe aller Unterstützungsbeträge im weitesten Sinne dieses Wortes nach den vorhandenen Mitteln richten müsse. Beide Forderungen sind elf Jahre lang nicht genügend berücksichtigt worden. Und darin besteht die große und historische Aufgabe der kommenden Zeit und somit auch die Aufgabe des Kabinetts Brüning, eben diesen Forderungen gerecht zu werden.

Sehr bedenklich ist die Lage auch deshalb, weil nach Stegerwalds Prophezeiungen die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1930 noch wesentlich größer sein wird als 1929. In der Behebung der Bauwirtschaft wird ein Mittel erblickt, um diesem Anschwellen der Arbeitslosigkeit entgegenwirken zu können. Stegerwald richtet sich aber trotzdem auf Mehraufwendungen zugunsten der Sozialversicherungen ein, zumal seiner Ansicht nach auch die Invalidenversicherung in Kürze vor einer Krise stehen werde. Eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werde sich, wie Stegerwald betonte, kaum vermeiden lassen.

Inzwischen ist der von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu erstattende Bericht über Erparnismaßnahmen eingereicht worden. Er geht von einem Fehlbetrag von 335 Millionen aus und meint, ihn durch neue Vorschläge um rund 260 Millionen verringern zu können. Man wird auf diese Vorschläge noch näher eingehen haben. Ihr Kernpunkt ist die Senkung der Hauptunterstützung für die Angehörigen der fünf oberen

Lohnklassen. Mit dieser Maßnahme hofft man, das Saisonarbeiterproblem in befriedigender Weise zu erledigen.

Die man die Lage auch ansehen möge, sie ist außerordentlich ernst. Auch hier, bei der Beurteilung des Arbeitslosenproblems, wird man sich daran erinnern müssen, daß es die oberste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik zu sein hat, den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Bei dem heutigen Stand der Dinge ist das aus zwei Gründen nur sehr schwer möglich: erstens, weil die Wirtschaft am Boden liegt und mit den auf ihr ruhenden Lasten dem Ausland gegenüber nur zum Teil konkurrenzfähig ist, und zweitens, weil die heute gehandhabte Tarif- und Schlichtungspolitik eine Anpassung der Löhne an das, was die Wirtschaft wirklich zahlen kann, nicht gestattet. Wir sehen uns einem Zustand gegenüber, bei welchem der eine Teil der Arbeitnehmerchaft Arbeit hat und dafür im Vergleich zum Lebenshaltungsindex und im Vergleich zu dem übrigen Einkommen eine recht ansehnliche Entlohnung empfängt, während daneben ein anderer, großer Teil, nämlich der der Arbeitslosen, auf Unterstützungszulagen angewiesen ist.

Bei allen Lohnfragen gilt natürlich der Satz, daß jeder Lohn zu niedrig ist, und ferner der soziale Wunsch, daß jeder Arbeiter einen viel höheren Lohn bekommen sollte. Aber es müssen die Mittel vorhanden sein, um diese Löhne zahlen zu können. Und wenn sie nicht bezahlt werden können — aus diesen oder jenen Gründen —, dann gibt es eben nur die Alternative der Einschränkung des Betriebes und der damit verbundenen Vergrößerung des Arbeitslosenheeres oder einer Anpassung der Löhne an die vorhandenen Mittel. Die Politik der nächsten Zeit wird wesentlich von der Beantwortung der wirtschaftspolitischen Frage abhängen, welche dieser beiden Möglichkeiten vorzuziehen ist.

Hochwasserermeldungen

WAB. München, 15. Mai. (Tel.) Die Isar ist auch im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends weiter gestiegen. Um 8 Uhr abends war das Wasser vom Pegelstand 1,40 Meter auf 3,30 Meter gestiegen, und um 10 Uhr auf 3,53 Meter. Die Isar fließt gegen Witternacht, wenn auch langsam, immer noch weiter.

Die Isar führte gestern abend katastrophales Hochwasser. Bei Bleibach ist die Staatsstraße unpassierbar. In Naubenzell wurde die Holzbrücke fortgerissen. In Kempfen im Allgäu ist die Wasserwehr in Aktion getreten. Eine Papierfabrik mußte geräumt werden.

Infolge der andauernden Regengüsse ist der Ammersee in Oberbayern stark gestiegen. In Eching sind die Wassermassen in die Häuser gedrungen. Seit 20 Jahren wurde keine derartige Überflutung erlebt. Auch in anderen Orten Südbayerns droht Hochwassergefahr.

Auch aus der Schweiz kommen Meldungen über schwere Hochwasser und Überschwemmungen.

„G 38“ in Tempelhof gelandet

Witwoch nachmittags um 4 1/2 Uhr ist das Junkers Großflugzeug „G 38“ nach einem 10 1/2 stündigen ununterbrochenen Flug in Tempelhofer Flughafen bei Berlin gelandet. Der Deutschlandflug hat damit sein Ende erreicht. Das Flugzeug, das sich 10 1/2 Stunden in ununterbrochener Fahrt befand, hat seine ausgezeichnete Brauchbarkeit erwiesen. Die Motoren liefen gleichmäßig und ruhig. Die Fahrt des „D-Juges der Luft“ war ein unvergleichliches Ereignis. Das größte Landflugzeug der Welt hat insgesamt 1500 Kilometer zurückgelegt, also etwa die Strecke Berlin—Moskau.

Der Vater des Rechtsanwalts Dr. Paul Levi, der vor einiger Zeit im Fieberwahn sich in Berlin aus dem Fenster stürzte, Jakob Levi, hat sich Mittwoch abend in Gehrigen (Sohngenallern) aus dem Fenster seiner Wohnung gestürzt und ist an den dabei erlittenen Verletzungen gestorben. Der tragische Tod seines Sohnes Paul hat den 80jährigen alten Herrn schwer getroffen, so daß er gestern freiwillig seinem Leben ein Ziel setzte.

Der Schacht 8 in Bieneburg (Braubach) mußte als endgültig verloren aufgegeben werden.

Am Arlberg sind 40 Zentimeter Neuschnee gefallen. Die erst vor einigen Tagen eröffnete Arlbergpasse ist wegen Lawinengefahr bis auf weiteres gesperrt.

Die Zahl der Verkehrsunfälle in London nimmt ständig zu. Während der ersten drei Monate dieses Jahres fanden in den Straßen Londons 320 Personen den Tod; 11 441 wurden verletzt. Die entsprechenden Zahlen für das erste Quartal des Jahres 1929 waren 251 Tote und 9205 Verletzte.

Volkschauspiel Stigheim

Die Gestalt des Tiroler Bauernführers Andreas Hofer ist in einem Grade vollständig, wie kaum eine andere Gestalt der Geschichte. Das Spiel vom Leben und Sterben dieses großen Menschen und seines Volkes wird uns in diesem Sommer in Stigheim vorgeführt werden. Start sind die Anläufe, die aus diesem historischen Drama in unsere Gegenwart herüberleuchten, denn zwischen dem Einst und Jetzt zeigen sich auffallende Ähnlichkeiten. Welches Drama wäre für das Spiel des Volkes zeitgemäßer, wie dieses Freiheitsdrama des Tiroler Volkes? Schon mit dem 1. Juni soll das Spiel beginnen. Die Bühne ist zu diesem Zwecke in eine Tiroler Landschaft umgewandelt. Der große Mittelbau stellt die Innsbrucker Hofburg dar, die der wirklichen Hofburg nachgebildet ist, rechts steht das freundliche Hofershaus, dahinter die Dorfkirche, die linke Seite bildet eine Tiroler Berglandschaft, über deren Pracht das Auge trunken hinschweift. Zwischen Mitte und linker Seite erhebt sich ein steiler Felsen mit Abstützen und Säulen, auf dessen Gipfel eine Kapelle steht. Ganz links oben ist die Alpenhütte, in der Andreas Hofer seine letzten Tage vor der Gefangennahme verbringt.

Stärker als bisher wird die reine Bühnenmusik zu Wort kommen, sie hat die Aufgabe, den einzelnen Szenen eine Untermauerung zu geben, die durch das Wort allein nicht erreicht wird. Die gesamte Musik, sowohl reine Bühnenmusik, wie Chöre und Reigen, liegt jetzt vollständig vor. Die Chöre sind bekannt und unbekannt, Werke unserer großen Meister entnommen, etliche Lieder sind auch uraltes tirolisches Volksgut. Die Bühnenmusik wurde vom Dirigenten des Volkschauspiels Karl Schaubert geschaffen. Die Einleitungs-musik spielt drei Motive gegeneinander aus. Das Hoferslied, das Deutschlandlied und die Marschallin. Das Vorspiel wird mit Hornsignalen eröffnet, nach der Napolconszene erfolgt der

Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Vorschläge der Reichsanstalt

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilt mit:

Durch das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform vom 20. April 1930 ist dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Gesetzgeber der Auftrag erteilt worden, der Reichsregierung Vorschläge zu machen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt zu erleichtern.

In schwierigen Beratungen vom 8. bis 14. Mai ist der Vorstand zu entsprechenden Vorschlägen gelangt. Es galt, einen Jahresfehlbetrag von 335 Millionen Reichsmark auszugleichen. Dieser Fehlbetrag würde sich nach den Vorschlägen des Vorstandes um eine Summe vermindern, die nach Schätzungen der Verwaltung rund 260 Millionen Reichsmark ausmacht. Es blieben dann etwa 75 Millionen Reichsmark noch zu decken.

Die größte Verminderung der Ausgaben soll eintreten durch die Senkung der Hauptunterstützung für die Angehörigen der 5 oberen Lohnklassen auf die geltenden Sätze der Kriegsunterstützung, jedoch erfolgt die Senkung nur, soweit die Arbeitslosen kein halbes Jahr in Arbeit gestanden haben. Die Familienzuschläge sollen nicht vermindert werden. Diese Regelung für alle Arbeitslose mit kurzen Anwartschaften schließt die Sonderregelung des Saisonarbeiterproblems in sich.

Mit diesem Vorschlag auf Senkung der Leistungen verband der Vorstand den Vorschlag, den Beitrag in Notzeiten auf 4 Proz. des Arbeitsentgeltes zu erhöhen.

Die Ausgaben sollen weiter durch Begrenzung der Unterstützungsberechtigung auf Arbeitslose im Alter zwischen 17 und 65 Jahren vermindert werden, jedoch die untere Altersgrenze nur solange gelten, als in den nächsten Jahren der Arbeitsmarkt der Jugendlichen durch den Geburtenanstieg der Kriegsjahre eine Entlastung erfährt.

Zur Erleichterung des Ausgleichs zwischen Stadt und Land erzieht die Einbeziehung des ländlichen Gefindes, soweit es nicht auf Jahreserträge beschäftigt wird, in die Arbeitslosenversicherung geboten.

Zur Kriegenunterstützung hielt der Vorstand die Übernahme des Gemeindefonds auf das Reich für geboten. Er sprach sich im Hinblick auf die krisenhafteste Arbeitsmarktlage für eine Ausdehnung der Kriegenunterstützung aus und wies auf die Zusammenhänge mit der gemeindlichen Wohlfahrtspflicht und die Notwendigkeit ihrer Berücksichtigung beim Finanzausgleich hin.

Die einzelnen Vorschläge wurden mit verschiedenen starken Meinungen, zum Teil gegen eine große Minderheit gefaßt.

Die Räumung schreitet fort

Die Räumung der Stadt Meining, die vor einiger Zeit noch an 10 000 Mann Besatzungstruppen beherbergte, ist in vollem Gange. Nachdem vor nicht allzu langer Zeit das schwere Deeresmaterial abtransportiert wurde, werden seit einigen Tagen auch Truppenformationen zurückgeführt. Innerhalb weniger Tage ist so die Besatzungszahl auf ungefähr 6000 Mann zurückgegangen. Infolge dieser Truppenzurückziehungen werden naturgemäß viele Wohnungen frei. Man glaubt, daß bis Anfang Juni die Zurückziehung der Truppen soweit durchgeführt sein wird, daß nur noch einige Abteilungen bis zum endgültigen Abzug verbleiben.

DZ. Ludwigshafen a. Rh., 15. Mai. In den letzten Tagen sind von Ludwigshafen große Materialtransporte nach Frankfurt abgegangen. Vor den Häusern der Wohnungen der Besatzungsangehörigen stehen zahlreiche Müllwagen. Eine große Anzahl Wohnungen konnte bereits zurückgegeben werden. Wie wir weiter hören, hat die Besatzung in Ludwigshafen getrennt den Schieß- und Exerzierplatz sowie das Munitionsdepot bei Mundenheim an die Reichswehrverwaltung zurückgegeben und die Wachen zurückgezogen.

Politische Schlägerei in Sachsen. In Heidenau bei Pirna wurden anlässlich einer Versammlung Nationalsozialisten von Kommunisten angegriffen. Es kam zu einer schweren Schlägerei, bei der insgesamt 18 Personen, darunter 5 schwer, verletzt wurden.

Die britische Ein- und Ausfuhr im April. Der Wert der britischen Einfuhr beträgt für den Monat April 83 522 401 Pfund Sterling oder 20 206 330 Pfund Sterling weniger als im April des Vorjahres. Die Ausfuhr beträgt 46 851 461 Pfund Sterling oder 13 882 744 Pfund Sterling weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die italienisch-französischen Flottenverhandlungen. Nach einer Genfer Meldung des „Reit Parisien“ hat die gestrige Unterredung zwischen Briand und Grandi ergeben, daß das Flottenproblem vorläufig wieder in den Hintergrund treten oder vielmehr innerhalb des gesamten französisch-italienischen Fragenkomplexes behandelt werden soll.

Die Schauspielerin Maria Orska, die erst aus dem Sanatorium in ihre Wohnung in Wien zurückgekehrt war, wurde mit einer Veronalbergung aufgenommen. Ob Selbstmordversuch vorliegt, oder ob Frau Orska eine zu große Dosis Veronal als Schlafmittel genommen hat, steht noch nicht fest.

Aufzug der Truppen unter Musik, damit soll die Invasion der bairisch-französischen Armee in Tirol angedeutet sein. Das eigentliche Hauptspiel beginnt mit einem Choral, die Aenderungen wird mit einem Rindvieh eingeleitet, die Szene mit dem Feldweibel und dem Schmeißer Alois Scheurer werden durch das herbe Spottlied des Schmeißers vorbereitet. Es folgt der Truppeneinmarsch ins Dorf mit Musik (Straßbesetzung). Die Gruppe Gaspinger singt bei ihrem Auftreten das alte historische Wallfahrtslied. Musikalischer Höhepunkt des ersten Aktes ist das Lied „vom Schmitter Tod“. Bei Beginn des Aufstehens erschallt von allen Seiten das Spingeler Schlachtlied. Abschluß des ersten Aktes der stehende Chor „Hör uns“. Bitte um Befreiung aus der allgemeinen Not. Der zweite Akt betitelt die Schlacht, wird durch die Schlachtmusik eröffnet, die immer wiederkehrt. Während der Schlacht singen die Frauen das Marienlied „Zur Mutter von der immerwährenden Hilfe“. Bayern den Chor: „Herr durch deine Hilf und Gnad, sind wir allesamt worden frei“.

Die zweite Szene des zweiten Aktes, die Ehrung Hofers in Innsbruck, eine festlich gestimmte, große Szene, erlaubt eine breitere musikalische Ausbeutung. In dieser Szene fällt der große Festmarsch mit einem Orgelnachspiel, zwei große Chöre „Nachtet durch das ganze Land“ und der Chor: „Singt dem Herrn“ finden hier ihren Platz. In diese Szene gehört auch der einzige Reigen, der historische Wandertanz.

Der dritte Akt erhält als Kontrast zur nachfolgenden, sehr ersten Szene eine starke, lyrische Einleitung. Chor unter Linden und der Glodenjodler. Die Heimkehr der geschlagenen Truppen wird musikalisch untermalt. Der letzte Akt, der die Gefangennahme und die Erschießung Hofers bringt, enthält einen Trauermarsch und das Lied: „Zu Wandua in Vanden“. Das Nachspiel wird mit dem großen Chor: „Groß und herrlich ist dein Geldentum“ geschlossen.

Aus den Ländern

Verlängerung der heftigen Legislaturperiode

Der heftige Landtag hat am Dienstag dem Regierungsentwurf, die heftige Legislaturperiode des Landtages um ein Jahr zu verlängern, um auf diese Weise die Verhandlungen über das Sparprogramm nicht in diesem Herbst durch Landtagswahlen zu unterbrechen, mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt.

Der Referent des Ausschusses, Abg. Kaul (SoDem.), wies auf die Sachverständigen in Unbefristungskreisen hin, die solche Selbstverlängerung des Landtages für rechtsgültig erklärt haben, weil schon im März die Verfassung dahin abgeändert worden sei, daß die Legislaturperiode fortan statt drei nunmehr vier Jahre dauere. Die Intraffsetzung dieser Verordnung wirkte an sich schon auf die gegenwärtige Session. Auch der Zentrumsabgeordnete Schül (Offenbach) verteidigte die Rechtsgültigkeit der Vorlage mit Hinweis auf das Gutachten des Prof. Anschütz in Heidelberg und andere Rechtsgutachten. Dem schloß sich der Abgeordnete Best von der Volksrechtspartei in längeren staatsrechtlichen Ausführungen an. Zu der namentlichen Abstimmung stimmten 45 Abgeordnete mit Ja, 21 mit Nein. Dagegen waren Deutsche Volkspartei, Bauernbund, Kommunisten und Nationalsozialisten.

Die thüringischen Polizeidirektorenstellen

In der Mittwochssitzung des thüringischen Kabinetts war eine ungewöhnlich umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Die durch den Briefwechsel zwischen der thüringischen Regierung und dem Reichsinnenminister Dr. Wirth wieder in den Vordergrund des Interesses gerückte Angelegenheit der Besetzung der Polizeidirektorenstellen in sechs Städten Thüringens wurde aufseiner nicht nicht geklärt. Staatsminister Baum brachte zum Ausdruck, daß die thüringische Regierung diese Angelegenheit in aller Eile zu erledigen gedenke. Heute, Donnerstag, nachmittags findet vor der Sitzung des Landtagsplenum eine neue Kabinettsitzung statt, in der man die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen hofft.

Die Frage der Einführung des Schulgesetzes auf Grund einer Verordnung des Volksbildungsministers Dr. Frid stand nicht zur Beratung.

Reichsinnenminister Dr. Wirth hat, wie die „Voss. Zig.“ berichtet, die Absicht, gegen die Einführung von Schulgebeten beim thüringischen Ministerium im Namen des Reiches Protest zu erheben. Dieser Protest werde darauf hinweisen, daß die „Schulgebete“, wie sie Dr. Frid in Thüringen einführen will, die Verfassung verletzen, da sie gegen die religiöse Freiheit deutscher Staatsbürger gerichtet sind und zur religiösen Unduldsamkeit auffachen.

Ferner habe die Reichsregierung mit großem Befremden von einer Rede des thüringischen Innenministers Frid Kenntnis genommen, wonach die Absicht bestehe, nationalsozialistische Parteigenossen zu leitenden Polizeibeamten zu ernennen. Auch in diesem Falle zieht, dem Blatt zufolge die Reichsregierung einen Schritt in Weimar in Erwägung.

Vor der Auflösung des sächsischen Landtags

Im Sächsischen Landtag erklärten am Mittwoch die Nationalsozialisten, daß sie nicht für das Beamtentabernet Schief, sondern für Auflösung des Landtages stimmen würden. Die Auflösungsanträge werden in der nächsten Landtagsitzung, am Dienstag, dem 20. Mai, behandelt und erledigt werden. Nach der Stellungnahme der Nationalsozialisten ist nunmehr mit Bestimmtheit mit Auflösung des Landtages zu rechnen.

In der Dienstagssitzung hatte Ministerpräsident Schied in seiner Programmrede u. a. ausgeführt:

In der jetzigen Regierung ist der Gedanke der Sachminister völlig durchgeführt. Im Zusammenhang damit ist die Unterstellung mehrerer Ministerien unter einen Minister bis zur äußersten Grenze verwirklicht worden. Wenn es die Arbeitskraft der beteiligten Minister ermöglicht, diese Regelung beizubehalten, so wird nicht nur eine Ersparnis, sondern vor allem auch eine Geschäftseinfachung erzielt werden. Die Regierung wird dem Landtag demnächst die bereits von der vorigen Regierung geplante Verabschiedung der Ministerbegläge vorschlagen. Die Minister sehen für ihre Person mit Ruhe dem Beschluß des Landtages über den Antrag auf Landtagsauflösung entgegen, das Land aber vor einer Auflösung zu warnen, hält die Regierung für ihre Pflicht. Die Beratung des Haushaltsplanes ist bereits um Monate verzögert worden.

Der Deutsche und Österreichische Alpenverein hielt in Innsbruck eine Sitzung seines Hauptausschusses ab. Für die Errichtung von Schutzhütten und Bergwegen wurden 180 000 RM bewilligt. Der Vorschlag für 1931 schlägt in Einnahmen und Ausgaben mit 1 208 000 RM ab. Die Kassenabrechnung für 1929 mit 1 103 201 RM. Der bisher selbständige Österreichische Touristenklub wird als Sektion in den Alpenverein eintreten. Die diesjährige Hauptversammlung des D.O.A.V. findet bekanntlich in Freiburg i. Br. statt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(62. Sitzung)

DZ. Karlsruhe, 15. Mai.

Präsident Duffner beendete zu Beginn der Sitzung den von schweren Unwettererschäden betroffenen Schwarzwaldbgemeinden die aufrichtige Teilnahme des Landtags. Er knüpfte daran die Erwartung, daß sich das Innenministerium mit der Angelegenheit noch befassen und Regierung und Landtag in dringenden Notfällen selbst eingreifen werden (Lebhafte Zustimmung).

Nach Eintritt in die Tagesordnung erstattet der Abg. Dr. Waldek (D. Vp.) einen ausführlichen Bericht über die Geschenktwürfe über Änderung des Gesetzes betr.

Die Aufhebung des Pflastergeldes und die Ausschreibung von Landstraßen

sowie über die

dritte Änderung des Straßengesetzes

Der Gang der Ausdehnungsverhandlungen und die dabei gefaßten Beschlüsse sind bereits bekannt.

Die erschöpfende Darstellung der Materie durch den Berichterstatter ist das Ergebnis einer von allen Seiten anerkannten, auf gründlichem Studium aufgebauten fleißigen Arbeit. Der Bericht gliedert sich dem Antrage, den beiden Vorlagen zuzustimmen.

Artikel I § 2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Der Jahresauschub umfasst den regelmäßigen Aufwand für die Unterhaltung der ausgeschiedenen Fahrbahnstrecken als Pflasterstraßen sowie eine Mente, die nach Ablauf der festgesetzten Lebensdauer die für die Pflastererneuerung erforderliche Summe ergibt. Die Unterhaltungskosten für die Pflasterbede werden auf 16 RM für einen Quadratmeter Fahrbahnläche festgesetzt. Der Berechnung der Erneuerungskosten“

rente wird ein Einheitsbetrag der Erneuerungskosten von 14,40 M für einen Quadratmeter Pflaster, ein Zins in Höhe des Reichsbankdiskontsatzes sowie eine Lebensdauer der Pflasterdecke zugrunde gelegt, die für Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe 25 Jahre, für Pforzheim und Freiburg 30 Jahre, für Bruchsal, Baden-Baden, Offenburg, Loth und Konstanz 35 Jahre beträgt. Für die Berechnung der in den ersten fünf Jahren zu zahlenden Rente ist der Reichsbankdiskontsatz maßgebend, der beim Inkrafttreten des Gesetzes gilt, und als Zinsfuß für jeweils weitere fünf Jahre der Reichsbankdiskontsatz nach dem Stand vom 1. April des ersten Jahre eines solchen fünfjährigen Zeitraums. Ferner werden folgende Entschlüsse zur Annahme empfohlen:

1. Die Regierung wird ersucht, dem Landtag zugleich mit der Vorlage des Staatsvoranschlags für das Finanzministerium nach Anhörung der Städte eine Denkschrift vorzulegen, in der über die Erfahrungen, die mit dem Pflastergeldgesetz gemacht wurden, eingehend Bericht erstattet wird.

2. In den §§ 20 und 21 des Straßengesetzes ist bestimmt, daß eine Gemeinde, welche zu Kreis- oder Landstrafenbeitragspflichtig ist, von dem Beitrag ganz oder nach dem Verhältnis des Nutzens befreit werden kann, wenn sie nachweist, daß die Straße für ihren Verkehr von keinem oder unerheblichen Nutzen ist.

Der Landtag ersucht die Regierung, diese Bestimmungen in möglichst weitgehender Weise in Anwendung zu bringen; dies soll gelten auch in verkehrsärmeren Gebieten, in welchen das Verhältnis zwischen dem Aufwand für Landstrassen und Gemeindevorbereitungswege über dem Landesdurchschnitt liegt.

3. Die Regierung wird ersucht zu prüfen, auf welchem Wege eine fühlbare Entlastung der Kreise und Gemeinden von den Kreisstrassenkosten zu erreichen ist. Dabei sollen insbesondere geprüft werden, ob sich dieses Ziel erreichen läßt, indem das Programm der Übernahme möglichst vieler Kreisstrassen und dem allgemeinen Fernverkehr dienender Gemeindevorarbeiten durch den Landstrassenverband erweitert und beschleunigt wird, oder durch Beteiligung der Kreise an dem Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer.

Die sonst vorliegenden Anträge aus dem Hause sollen für erledigt, die zahlreichen Gesuche der Städte und Gemeinden der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

Der Präsident gibt den Eingang neuer Anträge bekannt.

Ausprache.

Abg. **Spittel** (Zentr.) findet es begreiflich, daß die Gemeinden Anstrengungen machen, um die Straßensachen zu mäßigen, da sich die Verkehrsgrundlagen ganz gewaltig nach der Seite des Fernverkehrs verschoben haben. Die Gemeinden völlig von den Straßensachen zu befreien, gestaltet die Finanzlage nicht. Immerhin bringt die jetzige Vorlage wesentliche Erleichterungen. Der Redner wünscht, daß man in der Auslegung des Gesetzes namentlich den verkehrsarmen Gemeinden entgegenkommt. Mit dem Verlangen der Städte, den Staat noch mehr mit den Straßensachen zu belasten, kann er sich nicht befremden. Man würde so einen Betrag aus dem allgemeinen Finanzbedarf herausnehmen, der den einzelnen städtischen Kassen nur eine geringe Erleichterung brächte. Was die Beteiligung der Kommunen an der Kraftfahrzeugsteuer anlangt, so wäre auch dies mit einem Ausfall der Staatskasse verbunden, der nur durch neue Steuern gedeckt werden könnte. Auch sei es aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht ratsam, den Wünschen der Gemeinden im Augenblick zu entsprechen. Die Verkehrsentwicklung werde dazu führen, daß das Gesetz in Wälde wieder geändert werden muß. Die jetzt vorgeschlagene Kostenverteilung sei gerecht und billig. Die Wasser- und Straßendirektion möge in der Festsetzung der Kosten für den Normalweg großzügig verfahren. — Auch Abg. **Heid** (Sozdem.) erinnert an das ungeahnte Ausmaß des heutigen Autoverkehrs und die völlige Veränderung der Grundlagen des Gesetzes von 1884. Die sozialdemokratische Fraktion vermag einer Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer an Kreise und Gemeinden zunächst noch nicht das Wort zu reden. Diese Frage ist wie die Frage der Straßensachenverteilung ein Bestandteil des Finanzgleichgewichts, das im Sinne des Einheitsstaates mit ermäßigten Verwaltungsaufgaben einer rascheren Lösung entgegengeführt werden müsse. Dadurch würden auch die Gemeinden eine Entlastung erfahren. Ermüht sei ein schnelleres Tempo bei Aufnahme in den Landstrassenverband. Der Bau der Autohöhenstraße über den Schwarzwald sollte mit allem Nachdruck gefördert werden im Interesse der Entlastung der Landstrassen. Der Gemeinde Donauwörth möge man bei ihrem Wunsche nach einer Bahnüberführung entgegenkommen. Die Einziehung Heidelbergs in einer niederen Altersklasse findet die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion. Alle weitergehenden Anträge hält sie nicht für gerechtfertigt. Im großen ganzen brächten die beiden Gesetzesentwürfe Verbesserungen. Wer an dem Ausbau der Straßensachen mitarbeite, diene der Wohlfahrt des Landes.

Abg. **Werggöb** (Ev. Volksh.) stellt fest, daß das Gesetz von 1884, das die Beitragspflicht der Gemeinden regelt, den heutigen Verhältnissen in keiner Weise mehr entspricht. Das Straßengesetz werde jedoch in der vorgeschlagenen Fassung den Belangen der Gemeinden nicht gerecht, weshalb es seine Gruppe ablehne. Dem Pflastergeldgesetz stimme sie inebenen zu.

Abg. **Schmidt-Dretten** (Wirtsch.-u. Bauernp.) begründet seinen neu eingebrachten Antrag, das Erträgnis der Kraftfahrzeugsteuer den zur Straßenerhaltung verpflichteten Körperschaften zu überlassen. Von einer Entlastung der Kreise und Gemeinden könnte nur dann gesprochen werden, wenn die Kreisstrassen sofort in den Landstrassenverband aufgenommen würden.

Abg. **Höfner** (Nat.-Soz.) ist gegen das Straßengesetz. Beim Pflastergeldgesetz wird sich seine Fraktion der Stimme enthalten.

Um 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf nachmittags 1/4 Uhr vertagt.

Die Besichtigungsreise ins Frankenland

Das Programm für die zweitägige Besichtigungsreise ins Frankenland ist nunmehr festgelegt.

Der Landtag wird am Donnerstag, den 22. Mai, früh, über Heidelberg nach Okerburken und von dort mit Postauto nach Abelsheim fahren, wo eine Besprechung mit dem Landrat und den Bürgermeister der Gegend stattfindet. Dann geht die Reise mit Postauto nach Tauberbischofsheim, wo ebenfalls eine Besprechung mit dem Landrat und Bürgermeister des Bezirks erfolgen wird. Von da bringen Postautos die Reisenden nach Wertheim. Dort wird man sich abends mit dem Landrat und den Bürgermeistern treffen und dem Vortrag eines Vertreters der Landwirtschaftskammer über die wirtschaftliche Lage des Frankenlandes entgegennehmen. In Wertheim wird übernachtet. Am Freitag findet ein Spaziergang zur Burg statt. Darauf geht es mit Postauto nach Gardsheim und Ballbären, wo für vormittags 10 1/2 Uhr eine Besprechung mit dem Landrat und den Bürgermeistern der dortigen Gegend angelegt ist. Von Ballbären fährt die Reise nach Buben. Auch dort ist eine Besprechung mit den Bürgermeistern. Danach begibt man sich nach Rosbach, woselbst am Nachmittag der Landrat und die Bürgermeister der Umgegend zusammenkommen. Freitag abends 8 Uhr erfolgt die Heimfahrt.

Die Untersuchung über die Verhältnisse beim Erziehungsheim Schloß Flehingen

Der Badische Landtag hat am 31. Januar 1930 beschlossen, die Regierung zu eruchen, eine Untersuchung der Verhältnisse beim Erziehungsheim Schloß Flehingen zu veranlassen und die Bestimmung der Strafordnung vom 16. Februar 1926 wieder zu handhaben, wonach es zulässig ist, offenen Widerstand eines Jünglings, wenn Ermahnungen und Verwarnungen fruchtlos geblieben sind oder zwecklos erscheinen, mit Gewalt zu drehen.

Mit der Durchführung der Untersuchung wurde Amtsgerichtsrat Grein in Einsheim betraut. Das Ergebnis seiner Untersuchung liegt nunmehr vor. Es wird durch Vermittlung des Staatsministeriums dem Landtag zugeleitet. Gleichzeitig erhält der Aufsichtsrat des Erziehungsheims Schloß Flehingen davon zur Stellungnahme Kenntnis.

Der eingehende Bericht nimmt zu jedem im Landtag und bei der Untersuchung zur Sprache gebrachten Vorkommnis eingehende Stellung und faßt das Ergebnis der Untersuchung in Ausführungen zusammen, die im folgenden auszugsweise wiedergegeben werden:

Jugendliche Pflichtwidrigkeit des Anstaltsleiters ist nirgends hervorzuheben. Überall zeigte sich, daß er seine ganze Kraft, sein umfassendes Wissen und seine ärztlich-pädagogische Beobachtungsgabe einsetzte, um die ihm anvertrauten jungen Menschen ihren Anlagen gemäß zu fördern und zu bilden und die Schäden der Bewahrung bei ihnen, soweit möglich, zu beseitigen. Das Vertrauen der Jünglinge geniesst er in vollem Maße; das spricht jedem in die Augen, der ihn auf einem Rundgang durch die Anstalt begleitet. Die Erziehungsarbeit leitet er planmäßig von der Anschauung aus, daß mit Liebe und Güte in den meisten Fällen ein größerer Erfolg zu erreichen sei als mit Strafen.

Eine Anordnung, wonach den Aufsehern außer dem Fall der Notwehr jede körperliche Einwirkung gegen Jünglinge verboten sei, hat der Anstaltsleiter nicht getroffen. Er hat aber die Aufsichtsbekanntmachung, bei Widerstand eines Jünglings den Täter zunächst vorzuführen oder in Arrest zu bringen, um sich selbst die Entscheidung vorzubehalten, ob offener Widerstand vorliege, zu dessen Brechung unbedingt Gewalt erforderlich sei. Dadurch sollte Mißhandlungen entgegen, pädagogische Fehler vermieden und dem Mißstand entgegengetreten werden, daß nach Aufhebung der Prügelstrafe als Ersatz für diese unzulässigerweise Gewalt „zur Brechung von Widerstand“ angewendet werde.

Daß sich im Jahre 1929 eine „Abnahme der Erziehungsbereitschaft der Jünglinge“ gezeigt hat, wurde vom Anstaltsleiter selbst in seinem Jahresbericht erwähnt und wohl zutreffend auf zunehmende politische Beeinflussung der Jugend durch extreme Parteien und auf den steigenden wirtschaftlichen Druck zurückgeführt, der auf den Angehörigen der Jünglinge lastet, weil diese infolge der allgemeinen Not stärker zum Kostenertrag herangezogen werden müssen. Es ist selbstverständlich, daß diese schwierigeren Einstellung der Jünglinge sich vor allem im Dienst der Aufseher auswirkt, welchen die Erziehungsarbeit zum größten Teil obliegt.

Dem gespannten Verhältnis, das zwischen einzelnen früher an der Anstalt tätigen Persönlichkeiten und dem Anstaltsleiter bestand, stehen in weit überwiegender Zahl vertrauensvolle Beziehungen zwischen Anstaltsleiter und Anstaltsbeamten gegenüber.

Gelegentliche Ausschreitungen und Störungen des Gemeinschaftslebens sind in jeder Anstalt unvermeidlich, insbesondere in einer Fürsorgeerziehungsanstalt. Daß die Anstaltsleitung versucht habe, solche Vorgänge unerfreulicher Art zu vertuschen, dafür liegt nach der Untersuchung kein Anhalt vor.

Zum Lohnstreit in der Textilindustrie des Albtales

In der Nachverhandlung vor dem Schlichter zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom 13. Mai schlossen die Parteien folgende Vereinbarung:

„Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom 13. Mai wird mit folgenden Änderungen zum Vertrag erhoben: 1. In Ziffer 2 lautet der Satz 3: Die weitere Gestaltung der Albtalzulage ist Gegenstand von Verhandlungen bei der Zahlung des Landeslohntarifs. 2. Ziffer 5 erhält folgenden Zusatz: Der Betrieb der Firma Badische Baumwollspinnerei und Weberei AG, Neudorf und Frauenalb, wird in der seitherigen Weise fortgeführt, ebenso bei der Firma Karl Wacker & Sohn in Ettlingen, es sei denn, daß infolge Kohlenmangels eine Störung eintritt. In der Weberei wird die Arbeit sofort aufgenommen, sobald die technische Möglichkeit dazu gegeben ist. In der Firma Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen, wird die Arbeit am Montag, dem 19. Mai, soweit nicht durch Ausfall von Aufträgen vorläufige Einschränkungen des Betriebes nötig sind, in der seitherigen Weise fortgeführt.“

Waagen aller Art liefert: FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik Stuttgart-Cannstatt 3

Tagung der badischen Mäler

In Karlsruhe tagte am Samstag und Sonntag der Badische Landesverband für Immobilien, Hypotheken und Finanzierungen e. V., der dem Reichsverband Deutscher Mäler (Stich Berlin) angegeschlossen ist.

Der Verbandsvorsitzende, **Schuler** (Mannheim), konnte im Bürgerhaale des Rathauses zahlreiche Teilnehmer und Gäste, darunter auch die Vertreter der Behörden, begrüßen. Das gesteigerte Ansehen des Mälerstandes, so erklärte er, sei in erster Linie der strengen Organisation im Reichsverbande zu danken. Der organisierte Mäler biete die Gewähr, daß auf

reeller Basis gearbeitet wird. Er wolle dem Publikum wie den Behörden dienen und bekämpfe das „schwarze“ Mäler-tum, das ein Krebsgeschwür am Volksvermögen sei. — Verwaltungsdirektor **Ladner** überbrachte die Grüße der Stadtverwaltung. — Dann folgten Vorträge des Rechtsanwalts **Dr. Gutmann** (Karlsruhe) über die gegenwärtige Stellung des Mälers in Baden, unter besonderer Berücksichtigung der badischen Grundbuchverfassung, des Justizrats **Dr. Zug** (Karlsruhe) über „Die Grundstücksvollmacht und die Rechtsprechung des Reichsgerichts“, des Oberinspektors **Sauer** (Karlsruhe) über „Die polizeiliche Behandlung des Mäler-gewerbes in Baden“ und des Dr. **Gutjahr** (Mannheim), über „Die Grunderwerbsteuer als Steuerquelle und Wirtschaftsfaktor“. Der erste Redner hält den Gedanken der Konzeptionspflicht für den Beruf des Grundstücksmales für erwägenswert.

Verband badischer Dentisten

Am Samstag und Sonntag fand in Karlsruhe unter Beteiligung von über 200 Dentisten die 45. Generalversammlung des Verbandes Badischer Dentisten statt. Im Hösli des Lehrinstituts für Dentisten wurden mehrere Vorträge über moderne Wurzelbehandlung, über Vitamine und ihre Bedeutung für Zahnfleisch und Zahnbeschaffenheit, sowie wichtige Sozialversicherungsfragen durch die Herren **Fischer**, Hauptlehrer am Lehrinstitut in Karlsruhe, **Wedjmalat** Dr. **Schönig** (Karlsruhe) und Landtagsabg. **Graf** (Pforzheim) gehalten.

Am Samstagabend gab der gastgebende Karlsruher Bezirksverein aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Reichsverbandes unter Mitwirkung von Mitgliedern des Badischen Landesverbandes, des vorzüglichen **Reumann-Kölble-Quartetts** sowie der Polizeikapelle einen besonderen Ehrenabend, zu dem auch Frau Minister **Kemmel** und Frau Landtagsabg. **Fischer** erschienen.

Nach Begrüßung der Vertreter des Ministeriums des Innern, Ministerialrat **Dr. Arnsparger**, des Ministeriums des Kultus und Unterrichts, Regierungsrat **Dr. Dens**, sowie anderer Behörden und zahlreicher Krankentassenverbände erstattete der Landesvorsitzende **Merk** (Achern) den allgemeinen Jahresbericht, der wiederum einen erheblichen Zuwachs der organisierten Dentisten feststellte. Das Berufsschulwesen hat durch weitere Gründung von Fachschulen in Karlsruhe und Offenburg erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Neugestaltung der Badischen Staatsprüfungsordnung für Dentisten, insbesondere die darin verankerte Anerkennung des Lehrinstituts für Dentisten in Karlsruhe, wurde anerkennend hervorgehoben. Die Schuljahrsplanung nahm weitere Fortschritte, jedoch haben hier wie auf anderen Gebieten, die wirtschaftlichen Verhältnisse hemmend gewirkt.

Syndikus, Rechtsanwalt **Dr. Lang** (Achern), berichtete u. a. über die neueregetrene schwere wirtschaftliche Belastung der freien Berufe infolge Einführung der Gewerbesteuer, sowie über die Tätigkeit der Berufskammer des Großbezirks wie des Reichsverbandes. Der Reichsverbandsvorsitzende, **Direktor Kimmich** (Karlsruhe), referierte über die standespolitische Lage und dankte für die verständnisvolle Unterstützung der dentistischen Belange seitens der badischen Regierung. — Aus dem Bericht des Vorsitzenden der Krankentassenkommission, **König** (Karlsruhe), ist das gute Einvernehmen zwischen Krankentassen und Dentisten erwähnenswert. — Die Diskussion beschäftigte sich mit der neuen steuerlichen Belastung.

Die Neuwahl ergab zum sechsten Male die Wiederwahl des 1. Vorsitzenden, **Merk** (Achern). Als Delegierte zur 50. Jubiläumsgeneralversammlung in Berlin wurden gewählt: **Merk** (Achern), **Eger** (Mannheim), und **Kalkfeld** (Karlsruhe). Die nächstjährige Tagung findet in Triberg statt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Giftmordprozeß Werner

Die weitere Zeugenvernehmung

Nach der umfangreichen Darstellung der Krankheitsgeschichte von Frau Werner und nach genügender Kennzeichnung des oft merkwürdigen Verhaltens, das der Angeklagte Werner während deren Dauer und auch unmittelbar nach dem Tode zur Schau trug, nahm bei unvermindert starkem Publikumsandrang der Zeugenaufmarsch in der Wittmochnachmittagssitzung seinen Fortgang. Zuvor mußte die Vernehmungsfähigkeit der Angeklagten Frau Märkle gerichtlich festgestellt werden, die zu Beginn der Sitzung in großem Erregungszustand war.

Zunächst wird die Assistentin der Staatsanwaltschaft **Hel. Nicolaus** gehört, mit der Frau Märkle sich öfters gerade in der kritischen Zeit unterhalten hat. Wichtig ist, daß am 1. Mai Frau Märkle mitten in der Arbeit des Wachsens ohne Grund wegfiel und später sich entschuldigte, Werner habe sie abgeholt oder auch sie habe ihn dringend sprechen müssen. Das steht im schroffen Gegensatz nämlich zu den Angaben der beiden Angeklagten, die gerade vor diesen Tag, an dem das Giftfläschchen gelaufen wurde und in die Hand Werners gelangte, ganz andere Schilderungen machten. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung ist interessant und auch ein bißchen komisch die Vernehmung einer Frau **Stoll**, die dem Werner verschiedene Male die Karten legte, auch Geld ließ, größere wie kleinere Beträge, die sie aber regelmäßig zurückbehielt. Drei Wochen vor dem Tode Frau Werners kam Werner wieder zu ihr und ließ sich, da er etwas Großes vorhabe, die Karten legen. Sie will ihm gesagt haben: „Sie machen den Weg von Karlsruhe zum Tod. Sie kommen ins Gefängnis und Zuchthaus, Ihre Frau lebt nächstes Jahr nicht mehr. (Die Karten wurden am 26. März 1929 gelegt). Die Ihnen drohenden Gerichtsverhandlungen stehen mit dem Tod Ihrer Frau in Verbindung.“ Werner lachte damals über diese Prophezeiung, behauptet übrigens heute ausdrücklich, daß an der Weissagung kein wahres Wort sei. Auf die Vertheidigung dieser Zeugin hat der Gerichtshof verzichtet. Von den Angaben der Zeugin Frau **Wira** ist wichtig die Außerung des Angeklagten am Tage vor seiner Verhaftung: Die Leiche meiner Frau ist erhumert; vielleicht wird man darin Gift finden! Bei diesen Worten geriet der Angeklagte in große Erregung und betonte auch anderen Angaben gegenüber deren Unwahrheit. Oberinspektor **Dals** gab u. a. an, daß er im Februar-März 1929 Instruktion über Gifte und auch über Arsen abhielt, an denen Werner, wenn auch nicht immer, so doch bestimmt an einigen Stunden teilgenommen hat. Von Kriminalkommissar **Wäs** erfuhr man einiges über die frühere Tätigkeit des Angeklagten, der schneller Karriere machte, als mancher seiner Kollegen.

Am heutigen vierten Verhandlungstag wurden zur Beweisaufnahme verschiedene Kriminalbeamte gehört, zunächst zu der Frage, ob sie etwas von den anonymen Briefen gewußt oder erfahren hätten. Es handelt sich darum, deren Ursprung zu erfahren, zumal die Anklagebehörde vermutet, daß sie von Kriminalbeamten selbst stammen. Auch fast alle bisher gehörten Zeugen sind dieser Meinung, glauben sogar, daß sie meistens aus Reich geschrieben wurden, vielleicht auch von der Frau eines Kollegen. Nach den Schriftstücken und den gleichen orthographischen Fehlern muß es stets dieselbe Quelle gewesen sein. Einzelne Briefe datieren bis 1925 zurück, auch an andere Adressaten. Längere Vernehmungen bringen jedoch keine Aufklärung. Auch weitere Zeugenaussagen fördern den Prozeßfortgang wenig.

Vom Programm des „Badener Heimattages“ (11. bis 14. Juli)

Der Festzug der Badischen Bürgerwehren, Schützengilden, Reitervereine und Militärentfaltungen steht nunmehr endgültig fest und wird am Sonntag, dem 13. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, stattfinden. 10 große Korps aus dem ganzen Badener Land, insbesondere aus dem Seegebiet und dem Hochschwarzwald mit ihren interessanten und schmutzen Uniformen, darunter zwei mit Musikbänken, werden sich an diesem Zug beteiligen, ebenso ein Reiterkorps aus einem Nachbarland, ferner die Reitervereine der Stadt. Im Anschluß daran beginnt im Stadtpark ein Sommerfest mit Ballett-, Gesangs- und Musikaufführungen auf dem See, und bei günstiger Witterung wird am Abend ein Sommerfest mit Brillantfeuerwerk, Schmäderung und Beleuchtung des Gartens und der Boote mit Lampen veranstaltet.

In diesen Tagen hat übrigens Reichsaussenminister Dr. Curtius endgültig sein Erscheinen zum Welttreffen der Badener zugesagt, eine erfreuliche Tatsache, wodurch der „Badener Heimattag“ in Würdigung seiner hohen heimatlichen und landespolitischen Bedeutung ein ganz besonderes Gepräge erhält.

Die Handelskammer Karlsruhe hielt kürzlich eine Vollversammlung ab, wobei Vorstand und Geschäftsführung einstimmig Entlastung erteilt wurde. Der Voranschlag 1930 fand Genehmigung mit einem Beitragsfuß von 4,3 Pf für je 100 M Steuerkapital.

Weltfahrt der Kaufgäste. Am 12. Mai sprach hier im Rathhaussaal namens der Frauenliga für Frieden und Freiheit die französische Journalistin Marcelle Gaby (Paris) über die Weltfahrt der Kaufgäste, die seit einiger Zeit auch den Völkern beschäftigt. Mit südfranzösischer Beredsamkeit schilderte sie die entscheidenden Folgen dieses Schleichhandels, gegen den alle Gesetze vergebens ankämpfen. Hätten einst imperialistische Mächte farbige Kolonialvölker mit Opium vergiftet, um deren Widerstand zu lähmen und sie dadurch leichter zu unterjochen und finanziell auszubeuten, so schreien heute rücksichtslose Trugs und Spekulanten nicht mehr davor zurück, ihre eigenen weißen Volksgenossen mit den aus Kokain gewonnenen Betäubungsmitteln (Heroin, Morphin, Kokaïn) sowie mit Kokaïn usw. körperlich und seelisch zugrundezurichten, lediglich, um diesen Profiten einzubeißen. Die Jahreserzeugung der Fabriken ist vielfach größer als der tatsächliche medizinische Bedarf. Nur schärfste Kontrolle und Einschränkung des Anbaues und der fabrikmäßigen Weiterverarbeitung von Opium und Kokaïn könne die bedrohte Menschheit vor namenlosem Elend retten. Mit Spannung lauschten die Zuhörer den Worten der Rednerin. Wiederholt lohnte lebhafter Beifall ihre hochinteressanten Ausführungen sowie die kurze und klare Verdolmetschung durch den Sprachlehrer Weismüller.

Badisches Landestheater. Das Spiel „Brülle! China“ aus dem Neurussischen von S. Tretjakow, bearbeitet von Leo Panja, das am Samstag, dem 17. Mai, von Felix Baumbach inszeniert, zur heutigen Erstaufführung kommt, gibt sich offen und ehrlich als Tendenzstück. Der darin behandelte Vorgang aus der Geschichte der Stadt Man-Süan, ihre Zerstörung durch die auf eigene Faust unternommene Strafexpedition eines englischen Kanonenbootes ist authentisch. Er hat wesentlich zu der revolutionären Volksbewegung in China beigetragen und wird einmal für das kommende China eine Legende werden wie Gekiers Hut in Europa.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Eine von Westen herangezogene Hochdruckwelle hat heute zu vorübergehender Unterbrechung der Regenfälle geführt. Das unbedeutend nordwestlich England liegende atlantische Tief hat jedoch bereits wieder eine neue Regenfront nach dem Festlande entsandt, so daß vorerst keinesfalls mit trockenem Wetter zu rechnen ist. Wetterausblick: Veränderlich und anhaltend mild bei südwestlichen Winden, zeitweise weitere Regenfälle.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	15. Mai		14. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.35	168.69	168.27	168.61
Kopenhagen 100 Kr.	112.02	112.24	111.99	112.21
Italien . . . 100 L.	21.955	21.995	21.955	21.995
London . . . 1 Pf.	20.343	20.383	20.341	20.381
New York . . . 1 D.	4.186	4.194	4.186	4.194
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.415	16.455
Schweiz . . . 100 Fr.	80.96	80.811	80.94	80.110
Wien 100 Schilling	59.025	59.145	59.02	59.15
Prag . . . 100 Kr.	12.404	12.424	12.403	12.423

Öffentl. Spartasse des Bezirks Breisach in Breisach

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	12 340,28	1. Spareinlagen	912 531,63
2. Guthaben bei Girozentralen, Banken u. Postsparkassendirektor	134 433,32	2. Aufwertungsreserve	709 366,06
3. Wechsel	33 356,22	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	117 361,94
4. Darlehen a. Hypotheken	1 055 419,80	4. Anlehens- und andere Schulden (Dollarschuldenschein) an die Landwirtschaft	227 887,95
5. Darlehen in laufender Rechnung	245 733,66	5. Rücklagen	72 782,47
6. Darlehen a. Schuldschein	125 244,—	a) gesetzl. Reservefonds	46 223,40
7. Darlehen an Gemeinden	619 301,51	b) Sonderrücklage	124 905,33
8. Aufwertungsforderung	8 837,35	c) Aufwertungsabrechn.-Konto	10 000,—
9. Einnahmerückstände	1,—	d) Rücklagen f. Betriebsverbesserungen u. sonstige außerordentliche Aufwendungen	36 400,31
10. Grundstücke u. Gebäude	1,—	6. Reingewinn vom Jahre 1929	36 400,31
11. Veräufte	1,—		
	2 257 459,69		2 257 459,69

Berechnung der Rücklage:
Die satzungsgemäße Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 029 893,57 RM 82 391,49 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 165 406,18 RM
Breisach, Mai 1930. D. 496
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Meyer
Der Geschäftsleiter: Hilberer

Maßgeblichere Stellung der Wirtschaftstreuhänder.

In der Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe berichtete Vizepräsident Glas über eine Ausarbeitung des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe betr. die Stellung der Wirtschaftstreuhänder. Die Vorschläge des Preussischen Ministeriums zielen darauf hin, den Wirtschaftstreuhändern eine ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben entsprechende maßgeblichere Stellung zuzuwenden. Die Kammer stimmte diesen Bestrebungen durchaus zu, wobei der Redner darauf hinwies, daß die badischen Handelskammern schon seit einer Reihe von Jahren Bücherrevisionsprüfungen veranstalten, die sich bewährt haben. Im Hinblick darauf sollte diese Einrichtung unbedingt beibehalten werden. Die Zusammenfassung eines für das ganze Reich gültigen Zulassungsverfahrens an einer einzigen Stelle in Berlin schien der Kammer zu weitgehend zu sein, da sie die örtlichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtige. In diesem Sinne wird auch das badische Ministerium des Innern verständigt werden.

Aufschwung der Schuhindustrie. In der Birmanenser Schuhindustrie wird, namentlich in den Großbetrieben, mit Hochdruck gearbeitet, aber auch in den Kleinbetrieben hat sich die Lage im allgemeinen wesentlich gebessert. Die Arbeitslosenziffer konnte weiter gesenkt werden, und beträgt jetzt noch 5250, eine Zahl, die in den letzten Jahren nicht mehr erreicht wurde. In Fabrikantenkreisen erwartet man eine weitere Steigerung der Konjunktur. In der Lederindustrie ist gleichfalls eine kleine Besserung zu verzeichnen. Sehr gut bleibt die Beschäftigung in der Schuhmaschinen-, Reiften- und Kartonnagenindustrie.

Gemeinderundschau

Die Hauptversammlungen des Verbandes badischer Gemeinden und des Vereins badischer Bürgermeister finden der Kostensparnis wegen in diesem Jahre voraussichtlich nicht statt.

Heidelberg Straßen- und Bergbahn-A.G. ohne Dividende. Das finanzielle Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres ist unbefriedigend, so daß sich die Verwaltung genötigt sieht, vom Vorschlag einer Dividendenausüttung abzusehen. Der Abschluß wurde, vor allem ungünstig beeinflusst durch den Autokennenverkehr der Gesellschaft und durch die Konkurrenz der Reichspost auf der Wiesloch-Linie. Im Vorjahre wurden 5 Prozent verteilt.

Aus dem Gemeinderat Rehl. Durch die Eingliederung und die Erstellung einer neuen Straßenbrücke über die Kinzig, muß die Gemeinde einen Teil ihres Besitzes im Gemann Miesfeld an den badischen Staat abtreten. Der Quadratmeter wird zum Preise von 1,20 M verkauft. Die mit einem Wasserrecht verbundene Sundheimer Mühle soll zum Preise von 46 000 M angekauft werden. Der Kaufpreis soll aus Kreditmitteln bestritten werden. — Der Milch- und Molkereigenossenschaft Rehl wird auf ihren Antrag zur Vornahme größerer Umbauten Bürgerschaft gestellt für ein Darlehen von 55 000 M, das der Genossenschaft aus Reichsmitteln gewährt wird. — Wegen der Verstaatlichung der Rehl-Gemeindepolizei fanden dieser Tage Verhandlungen mit einem Vertreter des Ministeriums des Innern statt. Endgültige Vorschläge sollen der Gemeindeverwaltung demnächst überreicht werden, von denen die Entscheidung abhängt.

Der Bürgerausschuß Ostersheim lehnte die Erhöhung der Gemeindebeiträge von 5 auf 7 Proz. mit 20 gegen 21 Stimmen ab. Um den Voranschlag 1930/31 abzugleichen, hatte der Gemeinderat Antrag auf Erhöhung der Umlagen gestellt. Mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage beschloß der Bürgerausschuß, von einer Umlagerhöhung abzusehen und die vorgelegene Position „Neuantrieb des Rathauses“ zu streichen.

Die Stadt Konstanz zählte am 10. Oktober 1929 33 004 Einwohner gegenüber 32 700 zur gleichen Zeit des Jahres 1928 und 31 252 bei der letzten Volkszählung am 16. Juni 1925. Am 10. Oktober 1929 wurden 8075 Haushaltungen mit 15 503 Männern und 17 501 Frauen gezählt.

1,8 Millionen Reichsmark Fehlbetrag der Stadt Darmstadt. Der Haushaltsplan der Stadt Darmstadt für 1930 sieht ein Defizit von 1,8 Mill. Reichsmark vor, zu dessen Abdeckung er vorgeschlagen wird entweder eine Erhöhung der Realsteuern, gegen die sich aber alle Wirtschaftskreise energisch ausgesprochen haben, und zum andern die Erhebung einer Kopfsteuer von 10 M, die unter Berücksichtigung der nicht zahlungsfähigen Erwerbslosen, Klein- und Sozialrentner 400 000 M bringen würde. Gegen diese Kopfsteuer wehren sich noch die Sozialdemokraten. Eventuell wird an eine Gaspreiserhöhung um 2 Pf pro Kubikmeter mit einer Einnahme von 240 000 Reichsmark gedacht.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hochwassergefahr in ganz Oberbaden
Freiburg, 15. Mai (Tel.) Die außerordentlichen Regenfälle der letzten Tage haben besonders im Hochschwarzwald bis zu 100 Millimeter Niederschläge gebracht. Alle Schwarzwaldflüsse führen Hochwasser, und nicht nur im Elztal, sondern auch in den südlichen und nördlichen Tälern sind die Schwarzwaldflüsse über die Ufer getreten. Vom Hoch- und Oberelz wird ein schnelles Steigen gemeldet, das vor allem auch durch die Schneeschmelze gefördert wird. Der gestern erfolgte Wollenbruch im Elztal hat zu einer Überschwemmungskatastrophe geführt, wie sie seit Jahren in Oberbaden nicht vorgekommen ist.

Freiburg, 15. Mai. Im südlichen Schwarzwald, im Simonswälder Tal und Elztal, ist gestern nachmittag ein heftiger Wollenbruch niedergegangen, durch den das 1 Kilometer breite Tal vollkommen verwüstet, zahlreiche Bäume entwurzelt. Viele Häuser haben schweren Schaden gelitten. Der Verkehr, auch der Telegrafendienst, wurde unterbrochen.

Am heutigen Donnerstag früh war das Hochwasser im Elztal allgemein zurückschlagen. Der Ort Gutach ist noch vollständig überflutet. Viele Dugende von Autos stauen sich oberhalb des Ortes. Auch die Nebenwege sind durch ungestürzte Autos unpassierbar. Der Eisenbahnverkehr ist von Waldkirch bis Weibach noch unterbrochen. Er kann auch wegen Dammrutschgefahr nicht aufgenommen werden. Der Verkehr auf den Straßen ist nur hinfällig möglich. Neben großem Flurschaden ist auch ein beträchtlicher Gebäudeschaden zu verzeichnen, besonders an den Sägemerken, die in der Nähe des Wassers liegen.

Der schwere Wollenbruch allein hätte die großen Überschwemmungen im Elztal nicht verursacht, wenn nicht durch die ununterbrochenen Regenfälle schon am Dienstagabend und Mittwochvormittag die Elz stark angeschwollen wäre. Im Verlauf des Unwetters ist die Elz dann innerhalb ganz kurzer Zeit um einen Meter gestiegen, und erreichte mit ihrem Hochwasser die Marken der Katastrophenjahre 1882 und 1896. Der sogenannte Jungferntag in Waldkirch mußte gesperrt werden, da die Gefahr bestand, daß er von dem reißenden Wasser fortgerissen werde. Er wurde mit Stahtrößen am Ufer befestigt und hielt auch stand, ist aber schwer beschädigt worden. Am Mittwochabend glück die Elz einem wilden Strom. Vieleschiff hatte die Elz das ganze Tal, so bei Ober- und Niederweiler, überflutet, das einem Kilometergroßen See gleich, und aus dem nur die Bäume mit ihren Kronen herausragten. Auch die Altersbach und Dettenbach sind zu reißenden Strömen geworden, die überall aus den Ufern getreten sind.

D3. Mannheim, 15. Mai. Einen guten Griff machte die Kriminalpolizei in der Wohnung des kürzlich wegen Betrugs zu einem Jahr Gefängnis verurteilten Schwelgers des „Erwerbsheifers“, Kergan, der durch seine schwindelhaften Inserate hunderte von armen Erwerbslosen schädigte. Monatlich verdiente er bis zu 8000 M. Die Kriminalpolizei fahndete nach seinem zweifellos beiseite geschafften Südbergeld. In einem Briefumschlag fand die Kriminalpolizei bei der Hausdurchsuchung in Tausendern die Summe von 87 000 M, die beschlagnahmt wurde.

D3. Heidelberg, 14. Mai. Die Pfälzer werden sich am 29. Juni im Heidelberger Schlosshof in großer Zahl vereinen, um die Befreiung der Pfalz zu feiern. Zur Aufführung kommt ein Festspiel aus der Feder eines Pfälzer Heimatschriftstellers. Die Pfälzer wollen in Winger- und Trachtengruppen (etwa 40 große Wagen) herüberkommen.

Wid. Schweigingen, 14. Mai. Am Dienstag wurde eine Sendung Spargeln mit dem Flugzeug expediert. Die Spargeln wurden vormittags geerntet und gingen mit dem nachmittags um 4.15 Uhr abfahrenden Flugzeug nach Genf, wo sie abends 6.45 eintrafen. Von Genf aus gehen die Spargel nach ihrem Bestimmungsort Krosna, wo sie anderen Tags auf dem Wltagstisch stehen.

D3. Achern, 14. Mai. Das Justizministerium hat verfügt, daß mit Wirkung vom 1. Juni 1930 die Bezirksgefängnisse Achern und Oberkirch aufgehoben werden. Die Häftlinge aus dem Amtsgerichtsbezirk Achern werden künftig in Wühl, die von Oberkirch in Offenburg untergebracht.

Wid. Freiburg, 14. Mai. Seinen 60. Geburtstag feiert am 15. Mai Bankdirektor Dr. Friedrich Keller, der Direktor der Dresdener Bank in Freiburg. Der Jubilar spielt im evangelischen Kirchenleben Freiburg eine große Rolle. Im Jahre 1921 wurde er einstimmig zum Präsidenten der evangelischen Landeskonferenz berufen. Seit 20 Jahren steht er an der Spitze des Verwaltungsrates des Evangelischen Stifts in Freiburg. Vor einigen Jahren ernannte ihn die Universität Freiburg zum Dr. rer. pol. und die Universität Heidelberg zum Doktor der Theologie.

Gebäudefahnen
Hißflaggen
Banner
liefert zu billigstem Preise
Katalog gratis und franko
Carl Neff's Fahnenfabrik
Biberach a. d. Riß

Nachlassverwaltung. O. 498. Karlsruhe. Über den Nachlaß des Kaufmanns Karl Dietrich in Karlsruhe ist eine Nachlassverwaltung angeordnet. Als Nachlassverwalter ist ausgewählt Rechtsanwalt Dr. Max Schwarzschild in Karlsruhe.
Badisches Notariat Karlsruhe I als Nachlassgericht. O. 497. Karlsruhe. In dem Kontur über das Vermögen des Kaufmanns Hugo Altkrüger, Alleininhaber der Fa. Hugo Altkrüger, Schuhwarengroßhandlung an gros in Karlsruhe, Schützenstr. 17, soll demnächst die Schlußrechnung durch das Amtsgericht Karlsruhe A. 10 stattfinden. Nach Abzug der Massekosten sind 31 570,16 M verfügbar. Zu berücksichtigen sind: Bevorrechtigte Forderungen gemäß § 61, Z. 1-5 871,75 M, bevorrechtigte Forderungen 278 596,94 Reichsmark. Das Verzeichnis der zu berücksichtigten Forderungen ist bei der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A. 10 Karlsruhe einzusehen.
Bekanntmachung. O. 500. Karlsruhe. Über den Nachlaß des Pfälzerreimerers August Wreidenbach in Karlsruhe wird

die Zwangsverwaltung angeordnet. Zum Zwangsverwalter ist Rechtsanwalt Otto Steinel hier ernannt.
Karlsruhe, 12. Mai 1930.
Bad. Notariat II als Nachlassgericht.

Tiefbauarbeiten zur Herstellung des Einschnittes im Hölderlegebiet von km 1,4+33 bis 1,9+11 der Söllentalbahnüberleitung in Freiburg i. Br. und der aus den Abraummassen zu bildenden Dämme und Anschüttungen öffentlich zu vergeben. Abtrag etwa 125 000 m³, Vöschungsfächen etwa 41 000 m². Angebotsbordrude werden, solange Vorrat reicht, vom unterzeichneten Ante abgegeben. Angebote sind verschlossen, postfrei mit Aufschrift „Angebote für Erdbauarbeiten der Söllentalbahnüberleitung“ spätestens bis Donnerstag, 5. Juni 1930, 11 Uhr, zum Öffnungstermin anher, Freiburg, Wilhelmstr. 48, einzureichen. Zuschlagsfrist 5 Wochen. Zeichnungen liegen im Reichsbahnbauamt, Merzhauser Straße, auf. Führung über die Baustelle erfolgt jeweils

Badisches Landestheater
Freitag, 16. Mai
*F 24 (Freitagmiete)
Th.-Gem. (Sonderoper)
I. S. G.
Tiefstand
Musikdrama von d'Albert
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Landgrebe
Witruftende:
Fischbach, Fanz, Kallab, Seibertlich, Winter, J. Gröbinger, Gospar, Kiefer, Böser, Rentwig, Mühr.
Anfang 20 Ende 22/4, Preise C (1-7 M)
Sa. 17. Mai, zum ersten Male: Brülle! China. So. 18. Mai: Die Meisterfinger von Nürnberg. Mo. 19. Mai: Coburgin.